Auswärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 3.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Bestellgeld 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt

mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".

Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 71. | Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 25. März 1919. | Jahrgang 1.

Immer wieder wurde aus tiefster Nacht das Licht geboren. Rudolf Eucken.

Satanische Politik.

Der bekannte Schriftsteller Dr. Paul Rohrbach hatte kürzlich für das Verhalten der Entente gegen Deutschland in der „Hilfe" den Ausdruck „satanische Politik" gebraucht. Darauf ist von verschiedenen Seiten, auch aus dem Auslande, gefragt worden, ob das mitgeteilte Material glaubwürdig und wie es zu belegen sei. Darauf gibt er in der „Deutschen Politik" eine Antwort, von der er dringend wünscht, daß sie in weitesten Kreisen bekannt werde. Ihr Hauptinhalt sei hier zusammenfassend mitgeteilt.

Prinz Max von Baden hatte sich in einem Vortrag über Völkerbund und Rechtsfrieden auch über die Worte des berühmten englischen Arztes Saleeby über die Wirkungen der Blockade geäußert, deren physiologische Folgen das deutsche Volk „nicht nur als Nation, sondern auch als Rasse" ruinieren sollen. Die Worte dieses Mannes, der in England den Ruf genießt, ein bedeutender medizinischer und physiologischer Sachverständiger zu sein, lauten:

„Wenn deutsche Eltern heute schlecht ernährt oder unterernährt oder halb ausgehungert oder durch die tausend und einen unheimlichen sogenannten Nahrungs-„Ersatzmittel", mit denen sie sich jetzt erhalten, vergiftet werden, so wird ihre Nachkommenschaft dementsprechend minderwertiges Erzeugnis sein. Sie wird in weitem Maße allen möglichen Varietäten erblicher Leiden unterworfen sein. Sie wird in geringem Maße widerstandsfähig sein gegen die Ansteckung durch die Tuberkulose. Sie ist möglicherweise verkrüppelt, mißgebildet, oder im Wachstum unternormal. Es ist gewiß: daß kein noch so reichliches Hanteln, Keulenschwingen oder preußischer Kasernenhofdrill — kein noch so ausgiebiges Anwenden der Gymnastik in den so gerühmten deutschen Turnvereinen die Arme und Beine von Kindern geraderecken kann, die von schlechternährten Eltern stammen, oder gutes rotes Blut in ihre anämischen (blutarmen) Adern zu pumpen vermag, oder auf andere Weise die dauernden Spuren abändern kann, die die Natur ihren mangelhaften Konstitutionen (Leibesbeschaffenheit) eingegraben hat." Das sind also die von einer ärztlichen Autorität erhofften Wirkungen der englischen Blockade! Seine zusammenfassende Erklärung lautet aber folgendermaßen:

„Ich gehe weit im Vorausblick auf die Zukunft Deutschlands: ich spreche aus, daß nicht nur Zehntausenden von noch ungeborenen Deutschen ein Leben physischer Minderwertigkeit vorausbestimmt ist, so gewiß als sei durch Rechtsverfahren ihnen ein solches Urteil gesprochen, sondern daß Tausende von noch nicht erzeugten Deutschen, wenn ihre Zeit gekommen sein wird, einem solchem Schicksal ins Angesicht schauen werden. Rhachitis wird vielleicht die gewöhnliche Form sein, in der der untaugliche Deutsche der Nachkriegsperiode angetroffen werden wird. Man nennt in Deutschland die Rhachitis „die Englische Krankheit". Nun wohl, es kann dazu kommen, daß sie diese Bezeichnung in Zukunft noch besser als in der Vergangenheit verdient, denn die britische Blockade ist an erster Stelle verantwortlich für Deutschlands jetzige fürchterliche Ernährungslage und infolgedessen für die Dauerwirkungen, die deren Folge sein werden."

Prinz Max nennt diese Worte eines der „furchtbarsten" Dokumente dieses Krieges, und sie sind in der Tat furchtbar. Und dafür ist nicht etwa Dr. Salleeby allein, also eine einzelne Stimme in England verantwortlich, sondern eine ganze politische Richtung, die Richtung, die jetzt in England beinahe unumschränkt herrschend ist, d. i. die der sogen. Northcliffepresse. Wenn einer der Journalisten dieses einflußreichen Mannes eine Unterhaltung, wie die hier mitgeteilte, mit dem Dr. Saleeby führt, um die Meinung dieser Autorität dem Publikum mitzuteilen, so soll das heißen, daß die haßerfüllte Freude an dem rhachitischen, verkrüppelten, unterwüchsigen, blutleeren, tuberkulösen deutschen Nachwuchs, den der Arzt „so gewiß, als sei den Deutschen durch Rechtsverfahren ein solches Urteil gesprochen" in Deutschland entstehen sieht, dem englischen Volk als sein Normalempfinden gegenüber dem deutschen gepredigt werden soll. Das kann man allerdings satanisch nennen.

Es ist, wie Dr. Rohrbach mitteilt, Sorge dafür getragen, daß unanfechtbare Grundlagen in die Hände unserer Feinde gelangen darüber:

1. daß an den Wirkungen der Blockade täglich ungefähr 800 Menschen in Deutschland sterben;
2. daß sich unter den kleinen Kindern an manchen Zentren die Sterblichkeit nahezu verdoppelt hat;
3. daß unter Kindern und Halbwüchsigen die Todesernte der Tuberkulose in großen Städten doppelt so groß wie vor dem Kriege geworden ist, die Sterblichkeit der Mütter am Kindbettfieber sich für ganz Deutschland um zwei Drittel vermehrt hat;
4. daß die Ärzte vielen heilbaren Krankheiten ratlos gegenüberstehen, weil ihnen die nötigen Arzneien und Nahrungsmittel zur Hilfeleistung fehlen;
5. daß infolge der Unterernährung das ganze Volk von einer nervösen Erkrankung ergriffen ist, welche die Initiative lahmlegt und die moralischen Hemmungen schwächt.
6. daß Hunderttausende von Müttern nicht in der Lage sind, ihre rekonvaleszenten Kinder vollends gesund zu pflegen, weil sie sie nicht auffüttern können, so daß vielfach Siechtum auf Lebenszeit zurückbleibt, daß mit einem Wort die Lebenskraft der heranwachsenden Generation an der Wurzel getroffen ist.

Es hilft also nichts, wenn wir durch Aufzählung dieser Tatsachen Eindruck auf das Gefühl unserer Gegner für Menschlichkeit zu machen suchen, da es ja genau dieselben Tatsachen sind, von denen Lord Northcliffe und seine Hetzpresse triumphierend verkündigen läßt, sie seien die erwünschten und dauernd festzuhaltenden Ziele der englischen Hungerblockade. Die Wirkung, die wir erzielen, wird keine andere sein, als daß es drüben mit tiefer Befriedigung heißt: Vortrefflich, das gerade wollten wir ja haben, und so soll es sein nicht nur für diese, sondern womöglich auch für die nächste Generation. Darum lassen wir ja auch die Blockade noch weiter fortbestehen.

Ja, Lord Northcliffe und seine Presse und alle, die seine Politik machen, wissen, welche Verheerungen die Blockade in Deutschland schon angerichtet hat. Sie wissen es und sie triumphieren. Sie sagen: Das alles soll so bleiben, und damit es desto sicherer so bleibt und die deutsche Konkurrenz für England um so sicherer für alle Zeiten erledigt ist, darum nicht nur das Lebensmittelverbot bis ins Unbestimmte, sondern auch keine Rohstoffe nach Deutschland, bis durch Unterernährung, Arbeitslosigkeit und jede Art von Not solche Zustände in Deutschland eingetreten sind, daß auf Generationen hinaus kein Wettbewerb mehr möglich ist.

Und Frankreich? Es hat dasselbe Interesse Deutschland verelendet, kraft- und einflußlos zu sehen, wenn auch aus anderen Gründen als sein edler Verbündeter England. Die Franzosen sehen, daß sie trotz des schließlichen Ententesieges durch den Krieg furchtbar gelitten haben. Ob sich die französische Industrie wieder erholen kann, ist schon wegen der ungeheuren Menschenverluste fraglich. Und finanziell ist Frankreich so mitgenommen, daß auch eine hohe Entschädigung es so bald nicht wiederherstellen kann. Sich gegenüber sieht es ein Deutschland, das ihm auch nach Verlust der elsaß-lothringischen und polnischen Gebiete durch den Hinzutritt Deutschösterreichs an Menschenzahl fast doppelt überlegen sein wird: ein Ziffernverhältnis also, ungünstiger als vor dem Kriege. Alles das macht den Franzosen natürlich viel Sorge und Unruhe. Und darum ziehen französische Politiker schon heute den Schluß, daß ihnen, wenn Frankreich nicht schon in kurzer Zeit Deutschland gegenüber wieder als der schwächere Teil dastehen soll, nur eine Vernichtungspolitik gegen Deutschland beim Waffenstillstand wie beim Friedensschluß übrigbleibt. Auch sie wollen uns wirtschaftlich bis zum Weißbluten erschöpfen, sie wollen uns hungern lassen, sie wollen uns ganz wie die Northcliffe-Engländer, soweit wie möglich in ein Volk von blutleeren Krüppeln verwandeln. Darum gehen sie vollständig einig mit ihren englischen Verbündeten, und sie tun das mit der ganzen Inbrunst des Hasses und der geheimen Angst vor dem Gegner, von dem sie fürchten, daß er innerlich lebenskräftiger und zukunftsreicher ist, als sie. Von den Friedensfreunden in England und Frankreich ist aber nichts zu hoffen, weil die öffentliche Meinung in diesen Ländern wie überhaupt in der ganzen Welt während des Kriegs viel zu wenig von uns bearbeitet ist, und weil durch die Revolution, Deutschland diese Kreise, die sich bei aller Hetze doch noch staatsmännischen und gerechten Sinn erhalten hatten, gänzlich kraft- und einflußlos gemacht hat, denn sie sind nicht imstande, darauf hinzuweisen, daß die satanischen Quälereien das deutsche Volk schließlich zur Wiederaufnahme eines verzweifelten Widerstandes treiben würden.

Unsere Lage wäre also trostlos, und die Hoffnung auf einen Friedensschluß, dessen Grundlagen uns wieder lebensfähig machen, aussichtslos, wenn nicht von seiten Wilsons auf die Franzosen und Engländer ein Druck ausgeübt wird, den die Vereinigten Staaten von Amerika immer noch auszüben imstande sind. Diese sind im Unterschied zu jenen daran interessiert, daß Deutschland erträgbare Bedingungen bekommt: erstens wegen der realpolitischen Erwägung, daß ein erhaltenes Deutschland für Amerika nützlicher ist als ein zerstörtes, und zweitens wegen des verpfändeten Wortes ihres Präsidenten über die 14 Friedenspunkte. Alles wird darauf ankommen, daß Präsident Wilson stark genug ist, sein Wort einzulösen. Welche Zugeständnisse wir aber den Engländern und Franzosen verhandlungsmäßig zu machen uns bereit erklären, ist gleichgiltig. Deutschland ist ja durch die Revolution das Rückgrat gebrochen; die pazifistischen Narren aber, die geholfen haben, mit ihrem Glauben an die bessere Behandlung, die ein bekehrtes Deutschland finden würde, stehen vor ihrem Scherbenhaufen; wir sind weiter nichts als Objekt des Friedensschlusses. Die deutschen Bevollmächtigten können unser letztes Goldstück und unser letztes Fischerboot zum Opfer anbieten — für Engländer und Franzosen wird es nicht genug sein, denn sie wollen nicht nur unser Gut haben, sondern sie wollen uns selbst für alle Zukunft als elende Krüppel durch die Welt schleichen sehen. Es ist darum ebenso zwecklos als unwürdig für uns, noch weiter als Bittende vor Gegnern zu stehen, die gar nicht verhandeln, sondern nichts als uns die Knochen zerbrechen wollen. Man beachte nur, was die „Morning Post" am 4. Februar von ihrem Berichterstatter aus Deutschland sich schreiben läßt. Da lesen wir: das deutsche Volk habe nicht die schwächste Ahnung von dem, was seiner noch harre. Wenn erst das Ergebnis der Friedenskonferenz bekannt werde, so müsse der größte Ausbruch von Wut erfolgen, der je erlebt wurde.

Wir sehen diesen Wutausbruch auch kommen und noch Schlimmeres — wenn die amerikanische Politik falsches Spiel mit uns treibt und England im Bunde mit Frankreich seine Satanspolitik bis zu Ende führt. Es wird dann bei uns die volle Hungersnot ausbrechen und ein Menschensterben einsetzen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Unser Schicksal wird dann zwar furchtbar sein, aber das Strafgericht unserer Feinde nicht weniger furchtbar. Der Bolschewismus wird nicht in Deutschland Halt machen, sondern es wird keine Macht geben, die dann Frankreich, England und Italien noch retten könnte. Mögen Haß und verblendete Gier nach Gewinn die Northcliffe, Clémenceau und Genossen blind machen — ihrer Politik wird durch die Zerstörung der europäischen Kultur, die sie heraufbeschwört, die Geschichte das Urteil sprechen.

Von Deutschland aber soll man, falls die Dinge diesen Lauf nehmen, wenigstens sagen können, das seine berufenen Vertreter, wenn sie auch das Schicksal des Vaterlandes nicht mehr wenden konnten, wenigstens seine Würde und ihren politischen Verstand gewahrt und kommenden Zeiten vom Volke Goethes, Bismarcks und Kaiser Wilhelms I. mehr als das Bild eines hoffnungslosen Bettlers in seiner letzten Stunde überliefert haben. Wir weigern uns, unsere letzten Lebenskräfte noch länger von dem alliierten Moloch freiwillig ausschlachten zu lassen, und will dieser durchaus sein Satansopfer haben, so mag er fortan mit seiner eigenen Zukunft dafür zahlen.

Pr. O. J. G.

Was wir nicht verstehen!

Wir kleinen Leute, die wir nicht so mitten drin stehen in der hohen Politik, verstehen doch manches nicht. Ging da dieser Tage die Meldung durch die Presse, die neue Regierung habe den alten preußischen Beamten, Oberpräsident Dr. Michaelis wissen lassen, daß sie seiner Dienste vom 1. April dieses Jahres ab nicht mehr bedürfe.

Heute erfahren wir, daß der Demokrat Lippmann dazu ausersehen sei, der Nachfolger von Dr. Michaelis zu werden.

Wenn man die guten, treuen Pommern um ihre Meinung in dieser Sache gefragt hätte, ob dann der Tausch zustande gekommen wäre? Zum mindesten kann man daran zweifeln.

Daß bei einem großen Teile unseres Volkes die Vernunft auf Reisen gegangen ist, daran zweifelt wohl niemand. Wenn aber die regierenden Köpfe solche Maßnahmen treffen, kann man vermuten, daß auch da die Vernunft nicht regiert. Weshalb würde man dann gerade bei Dr. Michaelis den Anfang gemacht haben, jene Drohung des „Vorwärts", der doch als Organ der neuen Regierung angesprochen werden kann, wahr zu machen, daß nun bald damit begonnen werden müsse, mit den alten Landräten, Regierungs- und Oberpräsidenten aufzuräumen. Im ganzen Volke ist doch nur eine Stimme darüber, daß es Michaelis war, der die einzige vernünftige Maßnahme traf, das deutsche Volk dauernd und sicher mit Brot zu versorgen. Es gibt fast keine Einrichtung des Kriegswirtschaftsamtes, sei es Z. E. G., sei es Wumba oder wie die zweifelhaften Gesellschaften alle heißen, die nicht irgendwo große Verärgerung hervorgerufen. Über die Einrichtung unserer Brotversorgung hat noch niemand geschimpft.

Jetzt wird viel geredet über Freihandel oder Zwangswirtschaft. Hier ein Beispiel. Dieser Tage begegnete mir auf der Straße ein Mann. Er trug auf dem Arm ein kräftiges Schwarzbrot. Ich fragte ihn, was das Brot koste? Darauf die Antwort: „1,15 ℳ." Wievielmal essen Sie sich denn satt von diesem Brot? „Na", sagt der Mann, „so vier- oder fünfmal kann ich mich wohl satt davon essen."

Wer in dieser Zeit genötigt ist, auf Reisen zu gehen und sich, wenn auch nur des Mittags, ein Essen im Hotel zu beschaffen, kann etwas anderes erleben. Der Kellner wird ihm eine Rechnung vorlegen von, wenn es billig ist, 5 ℳ, in den meisten Fällen werden es 6, 7, 8 ℳ sein und mehr. Würde man den Gast aber fragen, ob er satt sei, könnte man vielleicht hören: Ja, wenn es noch einmal soviel gewesen wäre, dann wäre ich vielleicht satt.

Also jene Einrichtung, die uns Dr. Michaelis schuf, machte uns für 1,15 ℳ vier- oder fünfmal satt und die Lieferanten sind die vielgeschmähten Bauern, die unter der Zwangswirtschaft stehen. Die andere Einrichtung, die uns für 8 ℳ vielleicht einmalhalb satt macht, das ist in gewissem Sinne doch der Freihandel oder Schleichhandel, wie wir ihn jetzt nennen.

Weshalb die Regierung nun gerade jenen Mann absägt, der sich auch noch in vielen anderen Dingen als ein Mann des Volkes gezeigt hat, das ist etwas, was wir nicht verstehen. Wo uns immer wieder das Wort in die Ohren tönt: „Dem Tüchtigen freie Bahn", hätten wir angenommen, daß in dieser Zeit der Freiheit gar nicht danach gefragt würde, zu welchem Glaubensbekenntnis sich der einzelne Bürger bekennt. Die Fähigkeit, etwas Tüchtiges zum Wohl des Vaterlandes leisten zu können, müßte allem voran stehen.

Außer der Sozialdemokratie hat es auch noch andere Leute gegeben, die sich für die Frage der Sozialisierung interessierten. Heute ist diese Frage in aller Munde. Die Regierung legt kurz nacheinander Sozialisierungsgesetze vor, die einmal den Bergbau, die Bodenschätze, dann die Kraft, Elektrizität usw., das Bank- und Versicherungswesen, die Seefischerei, das Verkehrswesen und andere Dinge betreffen. Da wehrt sich der Handel, die Industrie und alle Wirtschaftsgebiete, die bisher vom Privatkapital beherrscht und für einzelne Leute eine feine Goldgrube waren. Freilich geben sie nicht zu, daß sie sich darum am meisten sorgen. Ihre Sorge ist natürlich die, daß ihre Schaffensfreudigkeit leiden würde, wenn es sich nun darum handelt, die Betriebe mehr in den Dienst des Volkes zu stellen. Sie sind der Meinung, daß es sich viel froher schafft, wenn der Gewinn in die eigene Tasche fließt. Weil nun der bisher am Gewinn unbeteiligte Arbeiter derselben Meinung ist, tun sich hier Gegensätze auf, die wohl noch zu scharfen Kämpfen führen werden.

Was wir in dieser Frage nun wieder nicht verstehen, ist die Ratlosigkeit der neuen Regierung. Jahrzehntelang haben diese Leute auf den Augenblick gewartet, wo ihnen die Macht in die Hände gegeben sei, um diese Maßnahmen durchzuführen, die nach ihrer Meinung dem Volk das Glück bringen sollten, welches ihm die Regierenden der alten Staaten vorenthielten. Und nun, wo die Frucht reif für sie ist, haben sie das Gerüst nicht fertig, von dem aus sie sie in die Scheunen sammeln können. Ein Plan, auf den so große Hoffnungen gesetzt wurden, mußte soweit durchdacht sein, um ihn auch unter schwierigen Verhältnissen, wie sie tatsächlich jetzt bestehen, zur Durchführung zu bringen. Hier erleben viele Volksgenossen, die bisher ihre ganze Seele in den Gedanken des volksbeglückenden Sozialismus legten, eine sehr starke Enttäuschung, und es zeigt sich immer wieder, daß der rein materialistische Sozialismus, der von der Auffassung ausgeht: Alles, was dein ist, das ist mein, scheitern muß an den Gegensätzen, die der krasse Egoismus (die Selbstsucht) auf beiden Seiten schafft. Wirkliches, dauerndes Glück kann unserem Volke und der Welt nur der Sozialismus bringen, der für alle Dinge die Losung gelten läßt: Alles was mein ist, das ist dein. Dafür streben und arbeiten wir und haben die Hoffnung, daß eine Zeit kommen wird, wo sich die geschlagene Menschheit in dem Gedanken verstehen wird: Einer für alle und alle für einen.

K.

Preuß. Landesversammlung.

Am Regierungstische: Hirsch, Haenisch.

Erster Vize-Präsident **Dr. Porsch** eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Minuten.

Ein Antrag des Abgg. Dr. Ruer u Gen. (Dem.):

Die Landesversammlung wolle beschließen: Im Gebiet der Schleswig-Holsteinischen Städteordnung sind bis zur endgültigen Regelung des Gemeindewahlrechts für Wahlen zu den Magistraten alle diejenigen Personen wahlberechtigt, denen nach der Verordnung vom 24. Januar 1919 das Wahlrecht zusteht. Bis auf weiteres sind den Wahlen die Wahllisten zugrunde zu legen, auf Grund deren die Wahlen zu den Gemeindevertretungen stattgefunden haben

wird der Gemeindekommission überwiesen.

Hierauf setzt das Haus die Besprechung der förmlichen Anfrage der Demokraten betr. die Loslösung der Rheinlande fort.

Mit dieser Besprechung verbunden wird die Erörterung des Antrages sämtlicher Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen:

„Die Landesversammlung verwahrt sich einmütig gegen jede Einverleibung rheinischer Landesteile insbesondere des Saargebietes und der deutschdenkenden und empfindenden Bezirke Monschau, Malmedy und St. Vith in das Gebiet Frankreichs oder Belgiens. Sie weist aber auch mit derselben Entschiedenheit und Entrüstung den Gedanken zurück, aus preußischen Gebieten im Westen einen Pufferstaat zu bilden oder Teile des Rheinlandes zollwirtschaftlich vom Deutschen Reich zu trennen. Sie kann in derartigen Bestrebungen nur einen Versuch erblicken, sich über die unzweideutigen Abmachungen bei Abschluß des Waffenstillstandes und über das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinwegzusetzen.

Die verfassunggebende preußische Landesversammlung vertraut darauf, daß die Staatsregierung einem solchen, alle Keime künftiger Beunruhigung in sich bergenden und mit dem Gedanken eines Völkerbundes in stärkerem Widerspruch stehenden Friedensvorschlag ihre Zustimmung gibt."

Endlich setzt mit zur Diskussion folgender Antrag Gräf (Soz.), Dr. Friedberg (Dem.), Hergt (Dnat.), Dr. v. Krause (D. Vp.) und Gen.:

„Die Landesversammlung erklärt sich mit Entschiedenheit gegen alle Bestrebungen einzelner Gebietsteile, sich von Preußen abzutrennen, insbesondere gegen die Errichtung einer westdeutschen Republik. Sie vertraut darauf, daß die Staatsregierung diesen Bestrebungen mit der größten Tatkraft entgegentritt, und sich für die Erhaltung eines ungeteilten Preußens einsetzt."

Abg. **Kastert** (Ztr.): Als erster Rheinländer, der zu der Frage das Wort ergreift, möchte ich feststellen: Wir sind mit dem Gang der gestrigen Debatte im allgemeinen zufrieden, und zwar vor allen Dingen nach der Richtungen hin: Erstens hat man fast allgemein den Vorwurf fallen lassen, als ob die Bestrebungen zur Errichtung einer westdeutschen Republik nur eine Zentrumssache sei. Zum zweiten ist durchweg von allen Redern allen denen, die an der Bewegung beteiligt sind, die bona fides nicht abgesprochen worden. Drittens ist anzuerkennen, daß in der gestrigen Debatte durchweg ein ruhiger und sachlicher Ton geherrscht hat. Ja selbst noch namens meiner politischen Freunde, daß wir in dieser Angelegenheit keine Zentrumssache vertreten. Wir am Rhein waren Optimisten und haben den Zusammenbruch besonders schmerzlich empfunden. Dazu trate die inneren Umwälzungen. Wir kamen auf den Gedanken, die Rheinlande für Deutschland zu retten, indem wir eine selbständige westdeutsche Republik schufen. Wenn die Franzosen über den Gedanken erfreut waren, so liegt das daran, daß sie aus jeder Blüte Honig saugen. Der Rheinländer ist an und für sich gegen diese Revolution und die widerwärtige Art, in der sie von Matrosen und Soldaten gemacht wurde. (Beifall rechts und im Zentr.)

Wir glauben aber mit unserem Vorgehen dem Vaterlande zu dienen, denn auch diese westdeutsche Republik soll treu und unauflöslich zum Deutschen Reiche gehören. (Beifall.)

Abg **Stoecker** (U. Soz.) wendet sich gegen den Gedanken einer westdeutschen Republik. Das wäre eine Zentrumspolitik, die keinen langen Bestand haben würde.

Abg. **Dr. Moldenhauer** (D. Vp.): Wir begrüßen die klare und unzweideutige Erklärung, die gestern von der preußischen Regierung über ihre Haltung in Weimar abgegeben wurde. Wir hoffen, daß die endgültige Regierung sich auf den gleichen Standpunkt stellen wird. Ich bin am freien deutschen Rhein geboren und will mein müdes Haupt auch am freien deutschen Rhein betten.

Abg. **v. d. Osten** (D. Natl.): Es handelt sich heute um keine Parteisache. Darum stimmen wir auch der Erklärung des Ministerpräsidenten rückhaltlos zu, obwohl uns sonst ein recht erheblicher Unterschied von seiner politischen Anschauung trennt. Leider hat der Abg. Kastert in einer Weise gegen das alte Preußen gesprochen, die lebhaft zu bedauern ist, gerade deswegen, weil eine einmütige Kundgebung für die Aufrechterhaltung Preußens notwendig ist.

Das Rheinland hat doch nicht nur gegeben, sondern auch

von dem anderen Preußen empfangen.

Losgelöst von Preußen könnte es nicht so prosperieren wie heute. Das Ziel der Entente ist die Zersplitterung Preußens. Ein westdeutscher Staat würde schließlich noch Frankreich hinüberneigen.

Uns treibt heiße Vaterlandsliebe, die uns in fünf Jahrhunderten mit dem Hohenzollernhause und unserem Staat verbunden hat. Ohne das alte Preußen würden wir nicht das große Deutschland haben, in dem es sich in den letzten Jahren vor dem

---

Politische Morde.

Zum 23. März 1919.

Am 23. 3. 1919 sind 100 Jahre verflossen, seit in Mannheim der junge, schwärmerische Heißsporn, der Jenenser Burschenschaftler und Student der Theologie Karl Ludwig Sand den berühmten Schriftsteller August von Kotzebue ermordete. Kotzebue war durch seine geschickt-weichlichen Rührszenen, seine pikanten Spektakelstücke und blendend witzigen Lustspiele der gefeiertste Bühnendichter der damaligen Zeit. Kritisch zerpflückt und jämmerlich vernichtet wurde sein Allerweltsruhm nur durch die Weimarer Dichtergrößen Schiller und Goethe, die er vergebens für sich zu gewinnen und, als ihm das nicht gelang, zu entzweien suchte. Kotzebue war einer jener im Grunde bedauernswerten „halben Talente", bei dem eine glänzende äußere Begabung mit einer trostlosen inneren Hohlheit und Leere verbunden war. Er glich einem stimmlich hervorragenden Sänger, dem jedes musikalische Gefühl fehlt. Er beherrschte mit spielender Beweglichkeit vielseitiger Phantasie und sprudelnder Reichhaltigkeit der Erfindung alle Geheimnisse komisch-kecker Verwicklungen und wirksamer Bühneneffekte, so daß namentlich seine Lustspiele in Aufmachung und Technik für lange Zeit Vorbild waren. Aber diesen äußeren Reichtum entsprach nicht der innere. Tieferer Gehalt ging ihm völlig ab. In seinen sittlichen Anschauungen war er gesinnungslos, in seinen Stücken oft lüstern und zweideutig bis zur offenen Unanständigkeit, — ein voller Gegensatz namentlich zu Schillers sittlichen Hochzielen. Bartels sagt von ihm: „Er war ein sehr großes Bühnentalent, aber ein Lump durch und durch", er war — „die französische Krankheit" im deutschen Volkskörper und Literaturleben.

Diese innere Hohlheit machte ihn auch zur Beurteilung und Lösung der großen Weltfragen damaliger Zeit unfähig. Auch auf politischem Gebiet wurde die Gesinnungslosigkeit sein Verderben. Anfangs Jakobiner und Gegner aller Adelsvorrechte trat er später für den Erbadel ein und wurde schließlich im Dienst der russischen Diplomatie ein gehässiger Gegner der freiheitlichen Forderungen seiner Zeit. Zumal der studentischen Jugendschwärmerei für ihre vaterländischen und sittlichen Hochziele begegnete er mit herzloser Feindschaft und zersetzendem Spott. Kein Wunder, daß die für deutsches Vaterland und deutsche Freiheit begeisterten Burschenschaftler in ihm ihren schlimmsten Gegner sahen. Ihrer Sittenstrenge, ihren Gesinnungsidealen mußte der sittenlose, frivole Schriftsteller als ein Schädling, ihren vaterländischen Freiheitsgedanken der als russischer Spion Verdächtigte als Verfechter eines rückständigen Despotismus erscheinen. Kein Wunder, daß sich der jugendliche Feuereifer überspannte und schließlich in Taten austobte. Daß man auf dem Wartburgfest 1819 Kotzebues Schriften mit Abscheu und Empörung auf den Scheiterhaufen warf, das war nur die kühne Gebärde eines ungefährlichen jugendlichen Pathos. Weit schlimmer aber als diese bloße Demonstration war die verhängnisvolle Mordtat Ludwig Sands, dessen Dolchstoß in seltsamer Schicksalsironie „den Tragödie machte". Die Tragödie ging freilich auch für den Urheber schlecht aus. Sand glaubte, in Kotzebue das „Prinzip des Despotismus" zu treffen und traf in Wirklichkeit nur einen herzlosen Nachschwätzer; nein, traf im Grunde nur die eigene Sache, der er einen schlimmen Dienst erwies. Er selbst wurde hingerichtet. Sein Tod aber war der furchtbare Auftakt zu jener berüchtigten, Deutschland tief beschämenden „Demagogenverfolgung", zu den Karlsbader Beschlüssen und den Bundesgesetzen, die so manch harmlos und ehrlich gemeinte Begeisterung in der dunklen Zelle von Festung und Gefängnis hart und rücksichtslos erstickten.

Gibt Kotzebues Ende nicht unserer Zeit zu denken?

Wir haben auch schon eine Anzahl politischer Morde zu verzeichnen, die übrigens diesmal nicht nur reaktionäre Vertreter des alten Zustandes betroffen haben. Soweit diese Morde von den Revolutionären oder gar Spartakusleuten ausgingen, sind sie von den Bürgerlichen nicht mit Unrecht aufs schärfste verdammt worden. Aber neben den Morden durch revolutionäre Hitzköpfe haben wir auch Morde an revolutionären Hitzköpfen erlebt: Liebknecht, die Luxemburg, Eisner. Und bei diesen Morden ging durch weite Kreise ein befreites Aufatmen. Das mochte politisch begründet sein, aber war es sittlich berechtigt? Wenn es ein „Recht der Revolution" auf Vollziehung eines Volksgerichts gäbe und seiner sofortigen Urteilsvollstreckung der einzelne „kraft der allgemeinen Menschenrechte der Revolution" berechtigt wäre, dann könnten sich beide Mördergruppen aus dies Recht berufen. Aber darin liegt schon die Selbstkritik dieses in Wirklichkeit rechtlosen Verfahrens. Solches „Recht der Revolution" würde der Willkür und dem politischen Massenmord Tür und Tor öffnen. Wir mögen die Ermordung von volksgefährlichen Personen aus politischen Gründen begrüßen, aus sittlichen Gründen müssen wir sie verwerfen und die Aburteilung den ordnungsmäßigen Gerichten oder außerordentlichen Standgerichten überlassen. Nicht der Dolch und die Handgranate entscheiden letzten Endes die gewaltigen Kämpfe der Geister, die in der Gegenwart wieder aufeinanderplatzen. Es handelt sich auch bei Revolution und Spartakus im Grunde, wenigstens bei den ehrlichen Kämpfern, um wirkliche, weltweite Ideale, die mit anderen Hochzielen in unversöhnlichen Widerstreit geraten sind. In diesem Geisteskampf darf und kann nur der Sieg eben des Geistes entscheiden, nicht der Sieg des Maschinengewehrs. Lassen wir russischem Bolschewismus den traurigen Ruhm, durch Gewalttat, Bürgerkrieg und Brudermord seinem Ziel zur Durchführung zu verhelfen. Sorgen wir aber dafür, daß die einsichtigen Schichten unseres Volkes sich zu einer Einheit verschmelzen, deren Hochziel durch innere Kräfte und sittlichen Gehalt ihre Überlegenheit über utopistische Schwärmerei beweisen. Dann wird kein Kotzebue mit gehässigem Spott und rückständigen Gewaltmitteln einen wirklichen Fortschritt hemmen können, und kein neuer Sand uns um die schönsten Früchte wahren Freiheitsstrebens bringen.

J. W.

Kriege doch ganz gut leben ließ. (Rufe der U. Soz.: Ja, für Sie!) Auch aus Ihren Kreisen, Herr Hoffmann, sehnt sich mancher nach der alten Zeit zurück. (Lachen bei den U. Soz.) Wenn man in Berlin herumhört, so findet man manchen Sozialdemokraten, der sagt:

Wenn doch der Kaiser wieder da wäre!

(Gelächter bei den U. Soz.) Diese Entwickelung ist naturnotwendig. Wir sind treue Preußen, aber auch treue Deutsche. Trotz der Misere der Gegenwart glauben wir an die Zukunft Preußens. Ein so hochstehendes Volk kann dem Unsinn der Gegenwart nicht erliegen. Dieser Glaube hält uns aufrecht. Der Preußische Staat aber muß ein Machtfaktor bleiben, dafür muß die Regierung sorgen. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär **Dr. Freund**: Soll Preußen in der Lage bleiben, seine wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben zu lösen, so muß ein Ausgleich geschaffen werden zwischen den wohlhabenden und ärmeren Landesteilen, zwischen dem Osten und zwischen dem Westen. Preußen ist auf allen Gebieten groß geworden nur

durch die Vorzüge des Großbetriebes,

wie er in einem solchen Ausgleich liegt. Es würde einfach unmöglich sein, die großen Aufgaben auf dem Gebiet der Schule, der inneren Kolonisation in der Oedlandkultur, in der Errichtung von Talsperren, in der Versorgung mit Elektrizität zu lösen, wenn man darin die einzelnen Provinzen auf ihre eigene Kraft stellen wollte.

Es macht einen tieftraurigen Eindruck, wenn wir uns hier auseinandersetzen müssen mit Provinzen, von denen wir bisher glaubten, daß wir eng und untrennbar für alle Zeiten mit ihnen verbunden seien. Und wie wird das Ausland jubeln über das, was wir heute hier gehört haben. (Sehr wahr!) Ich nehme kein Blatt vor den Mund und erkläre, daß der Reichsminister Dr. Preuß

einen bedenklichen Weg

gegangen ist, als er die Glieder aufrief gegen den Gesamtkörper. Das, was in Weimar beschlossen wurde, ist eine Vergewaltigung Preußens. Darauf kann sich niemand einlassen, der eine segensreiche Entwicklung Preußens will. (Beifall.)

Abg. **Jansen** (Dem.) erklärt im Namen westfälischer Kreise, daß man dort von einer westdeutschen Republik nichts halte. Der Gedanke sei nur in Köln ausgeheckt worden. Er schließt: Wir wollen bei Preußen bleiben. Treue um Treue.

Montag 2 Uhr: Weiterberatung, landwirtschaftliche Anträge. Schluß 5½ Uhr.

Zur Rheinlandfrage.

Die Erörterung der Anfragen von deutschnationaler, demokratischer und mehrheitssozialistischer Seite über die Unteilbarkeit des preußischen Staates bzw.

die Loslösung der Rheinlande

in der preußischen Landesversammlung gestaltete sich zu einer großen Kundgebung im Sinne der Aufrechterhaltung des Bestandes des Preußenstaates.

Abg. **Schloßmann** (Dem.) führte in seiner Rede noch aus: Man spricht immer von einer rheinisch-westfälischen Republik. Dabei hat in ganz Westfalen kein Mensch sich auch nur vorübergehend damit befaßt. (Sehr richtig!) Außerordentlich peinlich muß es berühren, daß man sich schon am 7. März

an die Engländer gewandt

und ihnen den Text vorgelegt hat. (Hört! hört! — Zuruf: Landesverrat!) Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß die Freunde der rheinisch-westfälischen Republik mit ihrem Plane der deutschen Sache haben dienen wollen, tatsächlich haben sie aber damit das Gegenteil erreicht. (Zustimmung.) Eine Tatsache, die allerdings geeignet gewesen ist, die Stimmung im Rheinlande zu verschlechtern, ist die fehlerhafte Politik der preußischen Regierung, insbesondere die gemeingefährliche Betätigung des vormaligen Kultusministers Hoffmann. (Lebhafter Beifall bei den Demokraten.)

Abg. **Runge** (Soz.): Wir haben die Pflicht, hier den schärfsten Einspruch gegen alle Abtrennungsbestrebungen zu erheben. Wir sind Deutsche und wollen es bleiben. (Beifall.) Die Anfänge der rheinischen Bewegung liegen schon vor dem Erlaß Adolf Hoffmanns. Schon am 9. November wurde beim Kölner Oberbürgermeister über die Errichtung eines westdeutschen Freistaates gesprochen. Am 4. Dezember wollte das Zentrum die rheinisch-westfälische Republik proklamieren. (Hört! hört!) Die Arbeiterschaft der Rheinlande hat nicht das geringste Interesse an einem westdeutschen Freistaat, sie würde die Verkündung der rheinisch-westfälischen Republik

mit dem Generalstreik beantworten.

Ministerpräsident **Hirsch**: Die rheinisch-westfälische Bewegung ist von unseren Gegnern in Gang gebracht worden und dazu kommen wirtschaftliche Erwägungen. Wir erblicken die einzige Rettung vor der Verwirklichung der französischen Annexionswünsche in der allseitigen Abkehr von jeglichen Lostrennungsbestrebungen und Sonderbildungswünschen. Es ist Pflicht aller preußischen Staatsbürger, ohne Unterschied der Partei, sie nachdrücklich zu bekämpfen. Preußen will nicht annektieren, aber es will auch nicht annektiert werden. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung tritt nicht für einen preußischen Partikularismus ein, der ist für alle Zeiten erledigt.

Das Reich muß aber die Leistungsfähigkeit Preußens in vollstem Maße erhalten werden. (Lebhafter Beifall.) Die Loslösung wesentlicher Gebietsteile zugunsten anderer Staaten würde Umwälzungen zur Folge haben, durch die alles, was Preußen aufgerichtet hat, umgeworfen würde. Das Ergebnis wäre doch nur

leistungsunfähige Mittelstaaten,

zwischen denen sich unvermeidliche Reibungen ergeben würden. Kurz, solche Veränderungen würden Kraft und Zeit verschlingen, die besser anders angewandt werden kann. (Lebhafter Beifall.) Selbstverständlich wird die Regierung sich tatkräftig bemühen, den Beschluß des Verfassungsausschusses in Weimar zu Fall zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Sie wird die Mehrheit des Verfassungsausschusses oder, wenn jener versagt, die Mehrheit der Nationalversammlung zu überzeugen versuchen, daß nichts Verkehrteres geschehen könnte, als das Festhalten an diesem Beschluß, der bei der Entente laute Freude erwecken müßte.. (Lebhafte Zurufe: Sehr gut!)

Der Stand der Polenfrage.

Nationale Parität.

Einer der Hauptpunkte in den jetzt abgebrochenen Verhandlungen mit der interalliierten Warschauer Kommission war die Frage der Gleichstellung von Deutschen und Polen in privaten und öffentlichen Angelegenheiten. Deutscherseits bestand völlige Bereitschaft, diese Gleichstellung anzuerkennen. Die Entente hatte die Absicht, die Durchführung dieses Grundsatzes durch gemischte Kommissionen überwachen zu lassen, welche noch dazu nicht einmal völlig paritätisch besetzt werden sollten. Dies ist der eigentliche und innere Grund, weshalb die Verhandlungen gescheitert sind.

Die preußische Regierung konnte einen solchen Eingriff in ihre Befugnisse, welcher die Absicht, die völkische Gerechtigkeit zu sichern, in ihr Gegenteil verkehrt haben würde, nicht hinnehmen. Sie steht aber nach wie vor auf dem Standpunkte, der polnisch sprechenden Bevölkerung volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und hat zwecks wirkungsvoller Durchführung dieses Standpunktes beschlossen, von sich aus erhöhte Garantien für die Gleichberechtigung der beiden Nationalitäten zu schaffen. Die Regierung wird deshalb den Regierungspräsidenten gemischte Kommissionen zuordnen, welche den Behörden bei Abgabe von Entscheidungen über angeblich unterschiedliche Behandlung der Nationalitäten zur Seite stehen soll.

Die Regierung erwartet, daß, nachdem alle Bestimmungen, die von den polnisch sprechenden Staatsangehörigen als gegen sie gerichtete Ausnahmevorschriften betrachtet wurden, unterschiedslos beseitigt sind, dieses erneute Bekenntnis zur nationalen Parität bei allen billig Denkenden gebührend gewürdigt wird, und infolgedessen die Polen sich der Verpflichtung nicht werden entziehen können, ganz ebenso den Deutschstämmigen in ihrem Machtbereich die gleiche Gerechtigkeit zu üben.

Westpreußen droht mit Widerstand.

Nach einem Protestetelegramm aus Westpreußen, die fortgesetzt in großer Zahl bei der deutschen Friedensdelegation einlaufen, ist die dortige deutsche Bevölkerung entschlossen, im Fall einer Einverleibung in Polen, bewaffneten Widerstand zu leisten.

Entgegenkommen der Alliierten.

Wie das Reutersche Bureau aus Paris erfährt, haben sowohl die deutsche, wie die interalliierte Kommission sich an Erzberger gewandt, mit dem Ersuchen, jetzt, nach Abbruch der Verhandlungen eine neutrale Persönlichkeit vorzuschlagen, die der Kommission für Polen beitreten solle, um die Streitigkeiten zwischen Deutschen und Polen zu schlichten.

Umwälzung in Ungarn.

Folgen der Ententepolitik.

Der französische Oberstleutnant Vix überreichte dem Präsidenten der ungarischen Volksrepublik Karolyi eine Note der Entente, in der mit Bezug auf den Beschluß der Pariser Konferenz eine neue, als politische Grenze zu betrachtende Demarkationslinie zwischen Ungarn und den Rumänen bestimmt wird. Die wichtigeren Punkte der neutralen Zone werden von den Ententetruppen besetzt.

Der Ministerrat beschloß, mit Rücksicht auf die entscheidende Aenderung, welche durch diese Note in der außenpolitischen Lage eingetreten ist, und angesichts der der ungarischen Produktion drohenden Katastrophe die Demission des Kabinetts, welche von Karolyi angenommen wurde. Der Beschluß des Ministerrats wurde dem Oberstleutnant mitgeteilt. Präsident Karolyi erließ eine Proklamation an das ungarische Volk, in der er erklärt, daß er gleichfalls abdanke und die Macht dem Proletariat übergebe.

Bündnis mit den Sowjets.

Die Leitungen der ungarischen Sozialistenpartei und der ungarischen Kommunistenpartei haben in einer gemeinsamen Sitzung die Vereinigung der beiden Parteien beschlossen. Die neue Partei soll den vorläufigen Namen „Ungarische Sozialistenpartei" führen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die ganze Macht. Die Diktatur des Proletariats wird von den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten ausgeübt. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Imperialismus der Entente müsse das innigste Waffen- und Geistesbündnis mit der russischen Sowjetregierung geschlossen werden. Dieser Beschluß wurde in einer Sitzung des Arbeiterrats unterbreitet und einstimmig angenommen.

Diktatur des Arbeiterrats.

Infolge der Demission der Regierung hat der Arbeiterrat von Budapest die Regierungsgewalt übernommen und einen interimistischen revolutionären Regierungsrat gebildet, dessen Mitglieder den Titel Volkskommissare führen. Das Präsidium übernimmt Garbai. Die Regierung hat über Budapest und über das ganze Land das Standrecht verhängt.

* * *

Die Verbindung zwischen Wien und Budapest ist unterbrochen. Sonnabend morgen ist aber in Wien ein Funkspruch der neuen ungarischen Regierung aufgefangen worden. Dieser richtet einen Aufruf an die Arbeiter der Entente, den Feldzug gegen den Kapitalismus aufzunehmen und wendet sich gleichzeitig an die Arbeiter Deutsch-Oesterreichs und Deutschlands, ihrem Beispiel zu folgen, die Räte-Republik zu errichten und mit den Waffen den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen.

„Aufruf an alle"

Die ungarländische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat veröffentlichen einen Aufruf an alle, in dem es heißt: Das Proletariat Ungarns nahm mit dem heutigen Tage alle Macht in seine Hand. Die Arbeiterschaft ist nicht geneigt, ihr Haupt auch fernerhin unter das Joch der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer zu beugen. Das Land kann von der Anarchie des Zusammenbruchs nur durch Schaffung des Sozialismus und des Kommunismus errettet werden. Auch außenpolitisch steht die ungarische Revolution vor der vollen Katastrophe. Durch den Beschluß der Pariser Konferenz, nahezu das ganze Gebiet Ungarns militärisch zu besetzen, wird die Verlorgung des revolutionären Ungarns vollends unmöglich. In dieser Lage blieb der ungarischen Regierung als einziges Mittel die

Diktatur des Proletariats.

Der Regierungsrat organisiert eine mächtige Proletarierarmee, die die Diktatur der Arbeiterschaft und Bauernschaft gegenüber den ungarischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern wie gegenüber den rumänischen Bojaren und der tschechischen Bourgeoisie zur Geltung bringt. Er erklärt seine volle Solidarität mit der russischen Sowjetregierung und

bietet den Proletariern Rußlands ein Waffenbündnis

an. Er fordert die Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Italiens und Amerikas auf, nicht weiter den verbrecherischen Hetzung ihrer kapitalistischen Regierungen gegen die ungarische Räterepublik zu dulden.

Die Arbeiter Deutsch-Oesterreichs und Deutschlands fordert er auf, dem Beispiele der ungarischen Arbeiterschaft zu folgen, mit Paris endgültig zu brechen und sich mit Moskau zu verbünden, die Räterepublik zu konstituieren und

mit den Waffen in der Hand

den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten. Die ungarländische Sozialistenpartei und der revolutionäre Regierungsrat sind sich der Schwierigkeiten und Opfer bei der Beschreitung dieses Weges bewußt, aber sie **müssen Krieg führen zur Befreiung der Lebensmittel und Bergwerke**, sie müssen den Kampf ausfechten für die Freiheit der ungarischen Proletarier und für die Freiheit der eigenen Existenz.

Der erste Tag der neuen Regierung.

Vormittags herrschte in Budapest vollkommene Ruhe und Ordnung. Die Straßen zeigten lebhaftes Treiben, da die meisten Betriebe feierten. Allenthalben sieht man Plakate mit der Aufschrift: „Es lebe die Proletarierregierung!" Andere Plakate fordern zur Ordnung und Arbeit auf. Zahlreiche Geschäfte und sämtliche Banken sind gesperrt.

Die Ordnung wird von Militär und Volkswehr aufrecht erhalten. Der revolutionäre Regierungsrat erließ im Laufe des Vormittags eine Verordnung, in der das Waffenverbot ausgesprochen wird und die Uebertretung dieser Verordnung mit 5jähriger Zuchthausstrafe und 50 000 Kronen Geldstrafe bestraft wird. Auch aus allen Teilen des Landes laufen Telegramme ein, nach denen überall die größte Ordnung und Ruhe herrscht. Am Sonntag nachmittag soll eine große öffentliche Versammlung der ungarländischen sozialistischen Parteien stattfinden.

Die Friedensverhandlungen.

Aus Paris wird gemeldet: Oberst House gab seiner Meinung Ausdruck, daß der Friedensvertrag einschließlich des Völkerbundes am 29. März fertiggestellt sein werde und daß die deutschen Delegierten innerhalb drei Wochen in Versailles anwesend sein würden.

Die Welt hat Frieden nötig.

Lloyd George erklärte britischen Journalisten gegenüber, daß wenn der industriell Zustand in England keinen unerwarteten Verlauf nehme, er in Paris bleiben wolle, um einen möglichst raschen Frieden zu erzielen. Die ganze Welt habe den Frieden nötig, und bevor dieser zustande gekommen sei, werde die Ruhe in der industriellen Welt nicht zurückkehren. Jede Verzögerung des Friedens und seine Rückkehr nach England würde eine Verzögerung bedeuten, würde die industriellen Unruhen nur fortdauern lassen. Das sei auch die Auffassung seiner Kollegen im Rat.

Die feindlichen Forderungen.

Reuter meldet aus Paris: Mit Bezug auf die Kriegsverwüstungen wird an maßgebender Stelle bekannt, daß noch keine Uebereinkunft erzielt worden ist, mit Ausnahme von zwei Punkten, nämlich: 1. daß Deutschland alles bezahlen muß, was es kann, und 2. daß Deutschland nicht in der Lage ist, alles zu bezahlen. Die Fachleute sind verschiedener Ansicht über die Frage, wieviel Deutschland zu zahlen in der Lage ist, und die Friedenskonferenz kann die Angelegenheit nicht erledigen, bevor die Experten zu einer Uebereinstimmung gekommen sind. Sobald eine Uebereinstimmung hierüber erzielt ist, wird ein weiteres schwieriges Problem zu lösen sein, nämlich wie der ausgeworfene Betrag überwiesen werden soll.

Es darf nicht vergessen werden, daß eine wesentliche Gefahr besteht, daß Deutschland diese Lösung nicht akzeptiert, wofür ja auch einige seiner Führer plädieren. Dies ist ein Weg, welcher, trotzdem er außer Zweifel Deutschland in Schwierigkeiten versetzen würde, auch für die Alliierten sehr unangenehm werden müßte. Die Frage, wann die Entschädigung gezahlt werden kann, ist von untergeordneter Bedeutung. Einige Fachleute sprechen von 30 Jahren, andere von 50. In der Frage, ob Deutschland eine befriedigende Entschädigung zu zahlen imstande ist, sind die britischen Delegierten optimistischer als die Franzosen und Amerikaner. Alle sind sich darüber einig, daß dies nur von einem aufblühenden Deutschland geschehen kann.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Schiffe in Fahrt.

Die beiden Dampfer „Bürgermeister Schröder" und „Bürgermeister Melle" haben Freitag abend 7 Uhr den Hamburger Hafen mit der Bestimmung nach Liverpool verlassen.

In der Seemannsverhandlung wurde am Nachmittag nach langen Reden die Abstimmung vorgenommen. 1780 Stimmen entschieden sich für die Abfahrt, 804 dagegen. Eine übergroße Mehrzahl enthielt sich der Stimmenabgabe. Damit war der Beschluß gefaßt, daß die erste Staffel der Lebensmittelschiffe die Ausfahrt antreten solle. Der Beschluß wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen, und der Vorsitzende betonte, daß sich nunmehr die Minderheit der Mehrheit zu fügen habe. Die Vertreter des Seemannsbundes Scheer und Haase erklärten darauf, daß sie den Auftrag hätten, mitzuteilen, daß Emden, Bremen, Bremerhaven, Lübeck, Flensburg und Nordenham sich gegen die Beteiligung an der Auslieferung der Schiffe ausgesprochen hätten und wohl bei ihrem Nein bestehen

bleiben würden. — Es kam dann noch ein Antrag zur Abstimmung, daß der Seemannsbund beauftragt werde, die Interessen der arbeitslos gewordenen oder werdenden Seeleute gegenüber der Regierung wahrzunehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Bremer Seeleute gegen die Ausfahrt.

Die Seemannsversammlung in Bremen erklärte sich mit 222 Stimmen gegen 18 Stimmen gegen die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe aus Bremen.

Weiteres Auslaufen.

Am Sonnabend sind weitere 13 Lebensmitteldampfer aus Hamburg ausgelaufen.

Die Kabinettsbildung in Preußen. — Unter Beteiligung des Zentrums.

Wie die „Deutsche Allg. Ztg." erfährt, ist in der Landtagsfraktion des Zentrums eine Einigung dahin erzielt worden, daß das Zentrum bereit ist, sich an der Kabinetsbildung in Preußen zu beteiligen. Das Zentrum ist von dem Standpunkte ausgegangen, daß das allgemeine Interesse eine solche Beteiligung verlangt, und daß hinter diesem Interesse auch schwerwiegende Bedenken mancher Art zurückzutreten haben.

Allerdings ist das Zentrum nicht gewillt, seinen Standpunkt in den kulturellen Fragen irgendwie einzuschränken oder gar aufzugeben. Es sollen vielmehr alle kulturellen Fragen zunächst vom Regierungsprogramm ausgeschaltet bleiben. Sozialdemokratie und Demokratie sind bereit, nach dieser Richtung hin bis zu einem bestimmten Grade Entgegenkommen zu zeigen. Man will dem Zentrum sogar zubilligen, daß es in den streitigen Fragen, falls solche in die Erörterung treten, seinen Standpunkt aufrecht erhält.

Die endgültige Abmachung zwischen dem Zentrum und den beiden anderen Parteien dürfte also nunmehr kurz bevorstehen. Es würde dann das neue preußische Kabinett aus einer Koalition zwischen Mehrheitssozialisten, Zentrum und Demokratie zusammengesetzt werden.

Nationaltrauer wegen der Kriegsgefangenen.

Der Vorstand des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Zivil- und Kriegsgefangenen" hat an die Reichsregierung und an die Nationalversammlung eine Eingabe gerichtet, in der er erklärt:

„Der Volksbund, der es sich zur Aufgabe macht, mit allen Mitteln auf die schleunige Befreiung unserer Gefangenen hinzuwirken und den Zurückkehrenden einen würdigen Empfang zu bereiten, begrüßt es mit aufrichtiger Freude, daß der Polizeipräsident von Berlin für den Landespolizeibezirk Berlin angeordnet hat, daß alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten verboten sind.

Damit ist aber nicht genug geschehen. Ganz Deutschland ist verpflichtet, nationale Trauer anzulegen, solange 800 000 seiner besten Volksgenossen in Elend und Knechtschaft zurückgehalten werden. Der Volksbund bittet daher die Reichsregierung, für das ganze deutsche Reichsgebiet anordnen zu wollen, daß alle öffentlichen Tanzlustbarkeiten bis zu dem Tage verboten werden, an dem die endgültige Heimführung aller deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen begonnen hat."

Für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene.

Jüngst sind zwei Verordnungen der Reichsregierung ergangen, die für die Kriegsbeschädigten von größter Bedeutung sind: die Verordnung über die reichsgesetzliche Regelung der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge und die Verordnung über Aenderung des Verfahrens in Militärversorgungssachen. Beide Verordnungen sehen Hinzuziehung von Vertretern der Kriegsbeschädigten zu den neu zu schaffenden Körperschaften vor.

Es werden jedoch nur Vertreter der Vereinigungen Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener hinzugezogen. Diese Vereinigungen müssen ihren Wirkungskreis auf das ganze Reich erstrecken und eine entsprechende Mitgliederzahl haben.

Diese Voraussetzungen treffen bei dem Verbande deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Reichsgeschäftsstelle Berlin SW. 68, Kochstraße 9, der parteipolitisch streng neutral ist und die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen entschieden vertritt, voll und ganz zu. Jene Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, sowie örtliche Vereinigungen solcher, die ihre Sache bei den Fürsorgestellen und bei den neuen Militärversorgungsgerichten vertreten haben wollen, mögen sich dem Verbande vertrauensvoll anschließen.

Oesterreich blockadefrei.

Das österreichische Staatsamt für Aeußeres erhielt von der italienischen Waffenstillstandskommission die Mitteilung, daß die in Paris vereinigten Mächte einstimmig die Aufhebung der Blockade über das ehemalige Oesterreich-Ungarn beschlossen haben.

Die praktische Tragweite der Aufhebung der Blockade kann augenblicklich, da genauere Mitteilungen noch nicht vorliegen, nicht beurteilt werden, doch dürfte sich daraus jedenfalls ergeben, daß Waren, die nicht als Kriegskonterbande betrachtet werden, aus neutralen Staaten bezogen werden können, und daß den Schiffen neutraler Staaten das Anlaufen der adriatischen Häfen gestattet ist.

Die Lausitz bleibt deutsch.

Der Pariser Berichterstatter des Prager „Vecer" meldet, daß bei der Entente keine Stimmung für die Angliederung der Lausitz an die tschechisch-slowakische Republik sei. Die Lausitzer Wenden würden also im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben.

Die Eröffnung der Fischerei in der Ostsee.

Das Stationskommando Kiel macht amtlich bekannt: Die Blockade ist dahin umgeändert, daß alle Einschränkungen in der Fischerei für die deutschen Fischerfahrzeuge in der Ostsee aufgehoben worden sind.

Ausland.

Italien droht der Entente.

Die italienische Abordnung beschloß einstimmig, von der Friedenskonferenz zurückzutreten, falls Fiume Italien nicht gleichzeitig mit dem Friedensschluß zugewiesen würde.

„Corriere della Sera" verlangt nachdrücklichst, daß Italien auf der Pariser Konferenz gegen die Bildung eines Donaustaates und für die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland eintrete. Die öffentliche Meinung in Italien verlange diesbezüglich eine unzweideutige Erklärung Orlandos.

Aufruhr in Aegypten.

Bei einem Zusammenstoß eines Panzerautomobils mit Demonstranten in Kairo wurden 13 Demonstranten getötet und 27 verwundet. Am 14. März wurde in Alexandrien die Menge durch Militär auseinandergetrieben. Es kam nicht zu Ausschreitungen. Wie gemeldet wird, haben auch in der Provinz Kundgebungen stattgefunden. Teilweise verliefen diese friedlich, zum Teil mußte Militär einschreiten. (Sagt Reuter.)

„Reuter" meldet: Die letzten Nachrichten aus Aegypten zeigen, daß die Lage sich verschlechtert hat und jetzt zweifellos ernst ist. Eine Anzahl bewaffneter Beduinen ist von Westen her in Unterägypten eingedrungen und begeht dort Plünderungen. In einigen Dörfern weht die türkische Fahne. Die Lage wird nicht als bedrohlich im militärischen Sinne erachtet, sagt „Reuter", und man glaubt, daß man ihrer bald Herr werden wird.

Verschärfung des Konflikts in England.

Die englischen Eisenbahner haben den Vorschlag der Regierung abgelehnt.

Der Lordsiegelbewahrer Bonar Law erklärte im Unterhause u. a.:

Die Regierung habe ihre Entschlossenheit gezeigt, bis zu den äußersten Grenzen des Möglichen zu gehen, um den gestellten Forderungen gerecht zu werden, und wenn der Streik trotzdem komme, so würde es kein gewöhnlicher Streik von Lohnarbeitern gegen die Arbeitgeber sein, sondern ein Streik gegen den Staat. Wenn ein solcher Streik käme, würde der Regierung nichts anderes übrig bleiben, als ganz ohne das geringste Zögern alle Mittel des Staates in Anwendung zu bringen, um ihn rasch zu gewinnen. Dies sei keine Drohung, keine Regierung könnte anders handeln.

Radikalismus in Italien.

Die Krise im italienischen Sozialismus nimmt eine ernste Wendung, da die radikalen Elemente die Oberhand gewonnen haben. Dem „Avanti" zufolge nahm die Leitung der italienischen sozialistischen Partei eine Tagesordnung an, in der der Austritt der Partei aus dem Internationalen sozialistischen Bureau (der alten Brüsseler Internationalen) und der Beitritt zu der revolutionären sozialistischen Internationale auf Grund der Prinzipien der kommunistischen russischen Bolschewiki beschlossen wurde.

Das künftige Groß-Polen.

Der „Temps" meldet, daß der Ausschuß zur Festsetzung der Grenzen zwischen Preußen und Polen auf Lloyd Georges Verlangen die Frage abermals geprüft habe, aber zu demselben Ergebnis gekommen sei. Der polnische Staat werde 25 Millionen Einwohner haben, darunter drei Millionen Deutsche. Die meisten davon in dem Gebiet von Marienwerder und Rosenberg (Westpreußen), auf welches Lloyd George als stark von Deutschen bewohnt hingewiesen habe. Es könne aber nicht von Polen getrennt werden, da die Eisenbahnen Warschau—Ostsee hindurchführten. Im Besitze dieser Gebiete würde Preußen den Durchgangsverkehr auf der Weichsel völlig unterbinden können.

Die Entente hat die Warnung des englischen Premiers vor der Schaffung einer deutschen Irredenta in den Wind geschlagen. Wenn die Informationen des „Temps" zutreffen sollten, dann wäre mit diesem Beschluß der Alliierten unsere Stellung zu den Friedensbedingungen bereits festgelegt, die im Interesse eines dauerhaften Friedens nur eine glatte Verwirklichung der Unterschrift sein könnte.

* * *

Lieber tot als polnisch!

„Vertreter aller Berufsstände Danzigs sind zu allerschärfster Abwehr der ihrer urdeutschen Stadt drohenden Gefahr einer Auslieferung an Polen entschlossen und erheben schärfsten Einspruch gegen jede Lostrennung von Preußen und vom deutschen Vaterlande. Wir fordern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts: Das deutsche Danzig muß beim deutschen Reiche bleiben."

„Lieber tot als polnisch! Zu bewaffnetem Widerstande gegen Westpreußens Einverleibung in das Polenreich entschlossen."

„Wir werden unsere Zugehörigkeit zur deutschen Heimat bis zum letzten Blutstropfen verteidigen."

„Wir verlangen deutsch zu bleiben und sehen über Westpreußen den Bürgerkrieg entflammen, wenn es zum Polenreich geschlagen werden sollte."

Eine Flut von Telegrammen dieses und ähnlichen Inhalts geht täglich aus den von den Polen beanspruchten deutschen Landesteilen, insbesondere aus Westpreußen, beim Auswärtigen Amt ein.

Letzte Nachrichten.

Was die Lehrer des Industriebezirks fordern.

Im großen Fredenbaumsaale in Dortmund tagten am Sonnabend nachmittag die vereinigten Gauverbände der Lehrervereine des westfälischen Industriebezirks. Aus allen Teilen des Bezirks waren Lehrer erschienen. Nach einem Referat des Lehrers Dzialoszynski-Hamm und nach teilweise stürmischer Debatte wurde folgende Entschließung angenommen: In Erwägung, daß die Volksschule durch ihre unterrichtliche und erziehliche Tätigkeit ideelle und materielle Werte schafft und damit zu einem bedeutsamen Faktor für unser wirtschaftliches Leben wird, in weiterer Erwägung, daß nur ein vor wirtschaftlichen Nöten geschützter, schuldenfreier und dadurch arbeitsfähiger und berufsfreudiger Lehrerstand seinen hohen Aufgaben gerecht werden kann, erhebt die gesamte Lehrerschaft des westfälischen Industriebezirks einmütig folgende Forderungen: 1. Der gesamte rheinisch-westfälische Industriebezirk bildet eine wirtschaftliche Einheit und gehört auf Grund höchst gespannter Teuerungsverhältnisse zu den teuersten Orten, also in Klasse A der Teuerungsbezirke. 2. Die Ortszulagen sind in voller Höhe, also 900 Mk. für Lehrer und 600 Mk. für Lehrerinnen, ohne jede Staffelung mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober 1918 zu gewähren. Die etwa entgegenstehenden veralteten Bestimmungen des Lehrerbesoldungsgesetzes sind zu beseitigen. 3. Bis zur Regelung unserer Besoldung sind Lehrerinnen und Lehrern 100 Prozent des Grundgehaltes als laufende örtliche Zulage zu bewilligen. 4. Als Entschuldungssumme ist zu zahlen: Lehrern und Lehrerinnen mit eigenem Hausstand 1500 Mk., für jedes Kind 150 Mark, ohne Hausstand 1150 Mk. 5. Da die sog. Demobilmachungszulage in letzterer Linie einen Ausgleich zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Beamten bringen soll, muß auch den Lehrern und Lehrerinnen eine entsprechende Zulage gewährt werden. 6. Bis zur Neuregelung der Pensionsverhältnisse müssen die Zulagen pensionsberechtigt sein; die Dienstjahre im Kriege sind für alle Lehrer und Lehrerinnen doppelt zu rechnen. 7. Den einstweilig angestellten Lehrern und Lehrerinnen müssen statt vier Fünftel des Grundgehalts 99 Hundertstel gezahlt werden. 8. Die zweite einmalige Teuerungszulage ist an alle aus dem Felde zurückgekehrten Lehrern zu gewähren. Zu dem Referat des Lehrers Bierbaum in Dortmund über die Schulleitung im Volksstaate wurden folgende Leitsätze gutgeheißen: Die Ortsschulaufsicht in jeder Form ist aufzuheben. Die Dienstanweisungen für Schulleiter sind für ungültig zu erklären. Die Rektorprüfung ist zu beseitigen. Bis zur Neuordnung der Schulleitung dürfen weder erledigte Rektorstellen besetzt noch neue eingerichtet werden. Die zwischen Rektoren und Lehrern bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede sind auszugleichen. Die Verwaltung der Schule erfolgt nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung. Die Verantwortung für die Leitung trägt das Kollegium. Zur Führung der geschäftlichen Angelegenheiten und zur Leitung der Konferenzen wählt das Kollegium einen Lehrer auf Zeit. Die Schulleitung ist ein Ehrenamt, das jeder angestellte Lehrer ohne geldliche Entschädigung zu führen verpflichtet ist. Ein unter Beteiligung der Lehrerschaft zu bearbeitendes Konferenzrecht regelt die Rechte und Pflichten der einzelnen Mitglieder des Kollegiums zueinander und zur Leitung. Jedem angestellten Lehrer ist die volle berufliche Selbständigkeit zu gewährleisten. — Sollten die Forderungen der Lehrerschaft nicht erfüllt werden, so wird sie sie mit allen Mitteln zu erzwingen trachten. Es wurde von einzelnen Rednern betont, daß man vor dem äußersten Mittel, dem Streik, nicht zurückschrecken dürfe. Die neue Zeit erfordere ganze Arbeit auch für die Lehrerschaft.

Das Rätsel in Ungarn.

Den Berliner amtlichen Stellen sind von den Vorgängen in Ungarn nur die Nachrichten zugegangen, die bereits in der Presse Mitteilung fanden. Der Eindruck an maßgebenden Stellen läßt sich dahin zusammenfassen: Die Entente hat Ungarn in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht erdrosselt. Die Demarkationslinie wird immer näher an Budapest herangezogen. Die für die Ernährung wichtige Donauflotte ist festgenommen worden. In diesem Augenblick hat sich die ungarische Nation anscheinend mit den Bolschewisten vereinigt. Auch das Hereinrufen der russischen Sowjetarmee kann zutreffen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bewegung auch auf den Balkan erstrecken wird. Damit verlöre die Entente ein großes Interessengebiet. Vielleicht ist ein Übergreifen auf Polen zu erwarten.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel.
Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 11, Amt Bielefeld

Alle
Kriegsbeschädigten und Kriegerwitwen
werden in wichtiger Angelegenheit um Mitteilung ihrer Adresse gebeten.
Kriegshilfe-Verlag,
Münster i. W.

Sämereien
aller Art
für Garten und Feld
in größeren u. kleineren Mengen bieten wir für die bevorstehende Saatzeit an. Preisliste versenden wir gern auf Wunsch.
Samenhandlung der Anstalt Bethel
bei Bielefeld.

Zucker
pro Pfd. 60—90 Pfg.
ist in jedem Haushalt von stets vorhand Rohstoffen leicht herzustellen. Näheres **Carl Kemper,** Recklinghausen-Süd i. W.

Soeben erscheint:
Ewigkeitswerte
von G. Nagel, schön kart. **Mk. 2.50.**
Daraus in Einzelheiten zu je **35 Pfg.**: Biblische Christuserkenntnis. Was uns Christus heute ist. Christi Wiederkunft in Kraft und Herrlichkeit. Die Herrlichkeit der Christenhoffnung.
Nagel führt durch Wort und Schrift in das Zentrum der Schriftlehre. Die großen Zusammenhänge der christlichen Wahrheit treten durch sein Zeugnis ins Licht. Für den Ernst der Zeit brauchen wir nicht nur Milch, sondern gesundes Brot und starke Speise. Wer sie sucht, sei auf diese Neuerscheinung hingewiesen.
Verlag der Evangel. Buchhandlung von P. Ott, Gotha.

Zerrissene Strümpfe,
Wolle, Baumwolle, Seiden, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20.

Bohnerwachs
hat wieder vorrätig
Adolf Mahlenweg, Bielefeld